



Rede von
Hans Krings
Landratskandidat für
unseren Rhein-Erft-Kreis

„Das wirklich Wichtige tun.“

**auf dem Kreisparteitag der Rhein-Erft SPD
am 21. Juni 2008 in Quadrath-Ichendorf**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

Die Umfragen schreiben uns in den Keller. Der Gegner hat im Lande den Wahltermin auf einen Tag gelegt, von dem er glaubt, dass unsere Anhänger weniger zur Wahl gehen. Das reicht ihm noch nicht: Durch Personalklüngel, aber auch durch kaum für möglich gehaltene Schwenks in Sachpositionen versucht er, die angeblich so sichere Mehrheit noch sicherer zu machen. Jetzt wissen wir wenigstens, was die mit Kumulieren und Panaschieren meinen.

Aber im Ernst:

Hätten wir zu Zeiten unserer Mehrheit ähnliches getan, ein Aufschrei wäre durch die Öffentlichkeit gegangen.

Anrede,

habt ihr den vernommen. Jeder weiß, was gespielt wird, aber die öffentliche Meinung geht darüber weg oder schaut dem mit schalkhaftem Schmunzeln zu. Auch bei den von der Mehrheit umworbenen kleineren Parteien hat man - zumindest - bei Teilen - den Eindruck, dass Ihnen die angebotenen Gaben peinlich sind, Neinsagen will man aber trotzdem nicht. Man will sich nicht mit denen verderben, von denen man annimmt, dass sie auch demnächst noch die Mehrheit stellen. Wir haben schon komfortablere Zeiten erlebt.

Wie kommen wir da raus?

Rezepte und Ratschläge lest und hört Ihr in diesen Tagen in Hülle und Fülle. Besonders bedeutsam sind solche, die sich gegenseitig ausschließen.

Hier, an der Basis, haben wir es da etwas einfacher. Da hilft nur ein ganz einfaches Rezept: Nüchternheit, Vernunft, Sachkompetenz und vor allem Kampf um jeden Punkt. Wenn eine Aufgabe ganz schwierig erscheint, schaut man nicht auf andere, sondern fängt einfach vorne an. Jeder kämpft an dem Platz, an den er gestellt ist, dort aber mit aller Kraft und dem unbedingten Willen, zu gewinnen.

Anrede

Und wir können gewinnen. Der Trend ist nicht alles. Er kann sich ändern, das wissen wir nicht, noch können wir ihn groß beeinflussen. Wenn man zum Kampf entschlossen ist, muss man für jede Situation gerüstet sein. Und das funktioniert.

Die Wählerinnen und Wähler wissen sehr wohl zu unterscheiden zwischen den politischen Ebenen. Erfahrene Wahlkämpfer raten sogar ab, sich mit allzu viel überregionaler Prominenz zu zieren. Wählerinnen und Wähler wollen wissen, was man vor Ort zu sagen hat und vor allem, wer das sagt. Wir kennen alle die Beispiele, wo Kandidaten auch gegen den Trend gewonnen haben.

Kommunalwahlen sind Persönlichkeitswahlen.

Kandidaten, selbstverständlich auch Kandidatinnen gewinnen durch Glaubwürdigkeit, Kompetenz und Überzeugungskraft. Dafür braucht man ein sicheres Gerüst von Inhalten, von denen man selbst überzeugt ist, um andere zu überzeugen. Die wollen wir heute hier festlegen, dafür sind wir heute Morgen hier.

Nun hatte es mit den Inhalten in unserem Kreis in den letzten Jahren eine besondere Bewandnis. Sie sind, oder vielmehr sie klingen gewaltig. Vor zwei Wochen hatten wir gar Staatsbesuch aus einem osteuropäischen Land. Auch sonst sind wir nicht hinter dem Mond. Der Kreis ist führend in regionaler Zusammenarbeit, besonders sichtbares Ergebnis ist das gemeinsame Pflanzen von Bäumen mit dem Kölner Oberbürgermeister an der Stadtgrenze. Immerhin etwas Konkretes, so einen Baum sieht man. Wenn er denn anwächst, bleibt er sogar.

Anrede,

nur am Rande bemerkt wir haben natürlich auch einen Baum gepflanzt, aber auf den inzwischen ad acta gelegten 14 ha Erweiterungsfläche des Phantasialandes, zu einer Zeit, wo die Mehrheit im Kreistag dem Unternehmen noch vorgaukelte, man werde die nötigen Planverfahren schon durchwinken, zu einer Zeit, wo der Landrat des Kreises noch an Bewusstseinspaltung litt, nämlich an der Aufspaltung in eine fachliche und eine politische Persönlichkeit als Behördenleiter und als Kreispolitiker.

Wir sind Tourismuskreis. So recht vorstellen kann sich das keiner, oder richtiger, nur einer, aber dieser Vorstellung lässt sich ja mit viel öffentlichem Pomp und Jahr für Jahr durch statistische Wasserstandsmeldungen auf die Sprünge helfen.

Der Kreis ist schuldenfrei, das hört man gerne, wer mag schon Schulden. Zustandegekommen ist das durch eine Operation, die der Buchhalter Passivtausch nennt,- wir sind ja alle NKF-geschult- nämlich durch Verkauf von Vermögen und Rückzahlung der Kredite mit dem Erlös daraus. Wenn man das Vermögen braucht für Investitionen z. B. an den Schulen des Kreises, dann ist z.B. dann kein Geld mehr da. So ist das mit der Schuldenfreiheit. Wenn man sein Haus verkauft, der ein oder andere auch sein Auto, und die Kredite ablöst, dann ist man auch schuldenfrei und wohnt anschließend zur Miete und geht zu Fuß oder fährt mit dem ÖPNV, in diesem Kreis nebenbei auch keine ganz einfache Übung.

Bei anderen Dingen lässt sich der Kreis weniger feiern. In überregionalen Rankings über die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftsstruktur oder über die Familienfreundlichkeit kommt er nicht gut weg. Nun kennt der ein oder andere vielleicht Churchills Wort: Glaube keiner Statistik, es sei denn, Du habest sie selber gefälscht. Rankings gab's damals noch nicht, die Mehrheit im Kreistag geht mit der Zeit und formuliert dementsprechend: Lasse nur die Rankings gelten, an denen Du selber mitgestrickt hat oder bei denen Du gut wegkommst. Die anderen gehen immer und grundsätzlich von falschen Voraussetzungen aus.

Wenden wir uns einfacheren, rein organisatorischen Dingen zu. Auch die laufen nicht. Es gibt Lücken beim Impfschutz der Kinder. Eine Unternehmensberatung weist auf organisatorische Defizite im Gesundheitsamt hin und macht Vorschläge zur Abhilfe. Die Reaktion der Kreisverwaltung: Dafür waren die nicht bestellt, das sollen die

gefälligst für sich behalten.

Die Beispiele könnte ich fortsetzen.

So wird seit 10 Jahren Politik im Kreis gemacht: Viel öffentliche Darstellung, wenig konkrete Resultate, vor allem heftig bemüht, keine Fehler zu machen. Werden doch mal Fehler und Defizite offenkundig, wagt es gar eine Opposition, das anzusprechen, ist man zunächst einmal beleidigt. Dann werden die Fehler wegdiskutiert. Man scheut sich auch nicht, öffentliches Geld auszugeben, um die Defizite mit Hilfe einer Anzeigenkampagne zuzukleistern, so geschehen in diesen Tagen beim Müll. Man kann niemand daran hindern, eine Tasse Kaffee zweimal zu bezahlen, das ist wahr. Aber beim Kakao kann man ihn vielleicht dazu bewegen, den Kakao durch den er gezogen wird, doch noch zu trinken.

Diesen blauen Dunst des Weihrauchs, der Empfindlichkeiten und des Gesundbetens wollen wir ersetzen durch energische Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben des Kreises, durch Dialogfähigkeit mit allen und durch Leidenschaft in der Sache, nicht in der Selbstdarstellung. Wir wollen das anpacken, was die Lebenswirklichkeit der Menschen im Rhein-Erft-Kreis wirklich berührt, berührt in ihrem Alltag, in ihrer Nachbarschaft und in ihrem Wohnumfeld, im Blick auf ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder.

Unsere Leitvorstellung lautet:

Wir wollen das wirklich Wichtige tun!

Das wollen wir auf drei Feldern anpacken.

Wir wollen unseren Kreis lebenswert erhalten. Das gilt für die Zukunft unserer Kinder und Enkel, für den demographischen Wandel für eine gesunde und lebenswerte Umwelt.

Wir wollen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Kreises so steuern, dass uns auch hier im Kreis die Mitte unserer Gesellschaft nicht wegbricht.

Wir wollen ein Kreis der fairen Partnerschaft sein.

Lasst mich dort beginnen, wo alles Leben anfängt, bei den Kleinsten der Gesellschaft, bei unseren Kindern.

Nicht alle werden mit dem goldenen oder silbernen Löffel im Munde geboren. Seit PISA wissen wir auch, dass es um die Chancengleichheit unseres Bildungssystems nicht zum Besten steht.

Wir werden uns für Chancengleichheit auf allen Ebenen einsetzen. Das gilt für den Kindergartenbesuch, wo wir auf mittlere Sicht die Gebührenfreiheit anstreben. Das gilt für die Ganztagsbetreuung in den Schulen, wo wir mit den Städten und Gemeinden an einem Strang ziehen. Das gilt für die integrative Beschulung behinderter Kinder, das gilt aber auch für die vielen Kinder aus Migrantenfamilien, wo wir dafür sorgen wollen,

dass sie bei der Einschulung die deutsche Sprache soweit beherrschen und ihre schulische Laufbahn nicht von Anfang an mit einer Hypothek belastet ist.

Ein ganz anderes Thema aus dem Bereich Schule treibt mich um Sprechstunde mit Betriebsinhabern, und zwar solchen, die gerne ausbilden, so hört ihr häufig Klagen, die Schüler seien gar nicht richtig berufsfähig. Nun hat Bildung nicht allein den Zweck, Menschen für den Beruf vorzubereiten, aber diesen Zweck natürlich auch. Mit der Schulaufsicht, den berufsbildenden Schulen und den Organisationen der Wirtschaft will ich mich dem Thema stellen und hier Abhilfe suchen.

Wir haben seit vielen Jahren ein gut ausgebautes System von berufsbildenden Schulen im Kreis. Trotzdem klagen einige Branchen über Fachkräftemangel. Auch bis zu unserer Landesregierung ist gedrungen, dass es in unserem Lande einen gravierenden Mangel an Ingenieuren gibt. Sie will daher drei neue Fachhochschulen gründen mit jeweils 2500 Studienplätzen und an bis zu fünf bestehenden Standorten weitere 2500 Studienplätze ausbauen und zwar mit dem Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften. Dazu erwartet sie bis zum 15. August in einer ersten Runde 15 bis 20 Vorschläge aus den Regionen. Edgar Moron hat den Landrat bereits angeschrieben mit der Frage, was er hier zu tun gedenkt. Wir erwarten, dass die Kreisverwaltung im Benehmen mit den Fraktionen unverzüglich handelt und an dem Land einen Vorschlag unterbreitet. Wir werden viel Konkurrenz haben, aber wir haben ja Prominenz hier wohnen, die sich sonst so gerne mit ihren Leistungen im eigenen Kreis feiern lässt. Kämen wir da zum Zuge, wäre das eine einmalige Chance für unsere Region.

Eine der schönsten Aufgaben des Kreises ist das Gesundheitsamt. Ein Landrat eines anderen Kreises, einer, der allerdings auch etwas davon verstand, sagte mir einmal: Das Gesundheitsamt ist eine der Aufgaben, wo man noch so richtig gestalten kann ohne auf alle möglichen Zwänge und Restriktionen zu achten. In unserem Kreis wird das offenbar anders gesehen. Da wird das Amt nicht als Gestaltungsmöglichkeit, sondern als Last empfunden, zumindest erfreut es sich nicht der besonderen Aufmerksamkeit der Behördenleitung. Anders sind die organisatorischen Defizite, vor allem aber der Umgang mit diesen nicht zu erklären. Das werden wir ändern. Wir werden das Amt zunächst einmal in den Stand versetzen, seine regulären Aufgaben wahrzunehmen. Dann wollen es zu einem Instrument der Prävention und der Gesundheitsvorsorge, besonders für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene, ausbauen. Wir werden in den Kindertagesstätten und in den Schulen ansetzen, wir brauchen mehr Vorsorgeuntersuchungen im Kindergarten, mehr Impfschutz, mehr zahnärztliche Gruppenprohylaxe, mehr Angebote für Familien. Wir werden aber auch Angebote zur Gesundheitsförderung für die Erwachsene nicht vergessen. Da erntet man schnell Spott, aber der hält, das gibt es in den letzten Jahren zahllose Beispiele, nie lange vor.

Über die demografische Entwicklung spricht alle Welt. Wir wollen weg von den Festreden und Broschüren zu einem konkreten Handlungsprogramm.

Das beginnt beim ÖPNV, auf den ältere Menschen meist besonders angewiesen sind.

Die Trennung der Baugebiete in solche für Jüngere und für Ältere sollte der Vergangenheit angehören. Da fällt in die Planungskompetenz der Kommunen. Hier

gibt es sehr positive Beispiele im Kreis. Wir wollen modellhaft einige weitere Mehrgenerationenhäuser im Kreis unterstützen, bei denen alle Generationen unter einem Dach leben.

Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass die Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Dazu braucht man allerdings ein umfangreiches Angebot an Hilfen und Beratung.

In den Kommunen, im Endzustand in jeder, wollen wir Generationenzentren errichten, in denen vielfältige Hilfsangebote unter einem Dach konzentriert sind. Das beginnt bei der medizinischen Versorgung, geht weiter zu den Pflegestützpunkten, die die Reform der Pflegeversicherung vorsieht und wo NRW sich noch ein wenig sperrig zeigt. Rentenberatung könnte man dort finden und viele andere Beratungsleistungen. Das soll der Kreis nicht alles selbst finanzieren, sondern hier müssen Kreis, Stadt oder Gemeinde, Sozialverbände und weitere Träger an einem Strang ziehen. viele Angebote unter einem Dach werden besser angenommen als verstreute in der Fläche, das spart auch Geld, das dann sinnvoller in die Angebote als in die Verwaltung derselben gesteckt werden kann.

Nicht nur die Älteren, sondern wir alle wollen in einer lebenswerten Umgebung leben. Wir haben wunderschöne Gegenden im Kreis, streckenweise eine herrliche Erholungslandschaft. Wir haben aber auch viele Ansprüche an weitere Freiflächen im Kreis, sei es durch die wirtschaftliche Entwicklung sei es durch bauliche Entwicklung oder durch die Verkehrserschließung. Dennoch müssen wir uns vor weiteren großflächigen Flächenversiegelungen hüten. Von Gesetzes wegen werden da heute Ausgleichsmaßnahmen fällig. Die müssen wir zur Vernetzung der vorhandenen Erholungsgebiete einsetzen. Wir müssen vor allem die rote Laterne als waldärmster Kreis in NRW abgeben. Dazu wollen jedes Jahr mindestens 10 Hektar aufforsten, ein ehrgeiziges Ziel, aber wer sich keine Ziele setzt erreicht gar nichts.

Lebenswert ein Leben lang, das muss in Zukunft für unseren Kreis gelten.

Dazu muss die wirtschaftliche Basis stimmen.

Wir laufen in unserem Land in die Gefahr einer Zweiklassengesellschaft. Es gibt die Gewinner der Globalisierung, -das sind wenige - , die Kapital besitzen oder grenzüberschreitende Konkurrenz nicht zu fürchten haben und es gibt die vielen, deren Arbeitsplätze gefährdet oder schon verloren sind oder die gar keinen Arbeitsplatz mehr finden. Die klassische Mitte der Gesellschaft droht verloren zu gehen. Das widerspricht allem, wofür unsere Partei historisch angetreten ist. Wir müssen die Mitte wieder stark machen.

Wir wollen eine mittelstandsfreundliche Politik im Kreis durchsetzen. Das gilt für die Vergaben bei öffentlichen Aufträgen, wo wir zu kleineren Vergabeeinheiten wollen, weg von der Mode der Generalunternehmer und großen Bauträger. Genauso werden wir uns aber gegen Billiglöhne und unzumutbare Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen. Auch die gefährden die Mitte unserer Gesellschaft.

Die Sparkassen sind die klassischen Finanziers des Mittelstandes. Sie sind auch ein

Instrument, mit dem Kommunen noch Wirtschaftsförderung betreiben können, bei denen auch der normale Gehaltsempfänger noch ein Konto erhält. Wir wenden uns gegen alle Bestrebungen, sie aus der kommunalen Trägerschaft heraus zu lösen. Unsere Landesregierung verharmlost ihre derzeitige Novelle des Sparkassengesetzes. Sie weist alle Verdächtigungen in Richtung Privatisierung von sich. Die Sparkassen sollen nur in die Lage versetzt werden Trägerkapital auszuweisen, das bleibe ja in kommunaler Hand.

Der Rat der Wirtschaftsweisen der Bundesregierung ist schon weiter. Er will die Sparkassen in Aktiengesellschaften umwandeln. Wer um den Einfluss der großen Finanzkonzerne weiß, ahnt, was da noch alles auf uns zukommt. Wehret den Anfängen.

Anrede,

eine Tatsache, die kaum noch jemand bestreitet, ist der Klimawandel. Als Energiekreis sind wir hier besonders gefordert. Dass es hier Konflikte gibt, ist eine Binsenweisheit. Wir können sie weder gesunbeten noch durch einseitige Festlegungen wegdiskutieren. Das wird weder den Menschen, die hier wohnen und arbeiten, noch dem Klimaschutz gerecht. Wir sind eine alte Industrielandschaft, ein Kreis, in dem sich nicht nur schön wohnen lässt, sondern in dem man auch seinen Arbeitsplatz findet, das wollen wir bleiben. Das wird immer Konflikte geben. Die müssen wir lösen. Das erfordert Kompromisse und am Ende klare, eindeutige Entscheidungen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung sich wieder erkennt.

Die Stromerzeugung durch Verbrennen von Braunkohle in Kraftwerken ist eine Technologie, die zeitlich befristet ist. Nur über die Länge dieses Zeitraumes diskutieren wir. Ich warne da allerdings vor Illusionen. Am Ende aller Illusionen steht dann der Atomstrom, möglichst noch französischer Herkunft. Das ist dann das Ergebnis, das wir alle nicht wollen.

Dass Kraftwerke auf dem letzten Stand der Technik umweltfreundlicher sind als alte Blöcke, das bezweifelt niemand - wenn sie denn als Ersatz für die alten Blöcke dienen und nicht als Kapazitätserweiterung. So hatten wir von Anfang an gewettet, über anderes ist mit uns nicht zu reden. Am Anfang stand bei uns auch die Erwartung einer neuen Technologie der Kohlevergasung, die ganz andere Perspektiven über die Verbrennung in großen Kesseln hinaus für die Braunkohle eröffnet hätte. Es ist an der Zeit, erneut darüber nachzudenken. Denn ohne technische Weiterentwicklung in Richtung einer CO₂-freien oder zumindest erheblich CO₂-ärmeren Technologie werden wir auf dem Wege auch nicht ans Ende kommen. Das wissen aber auch die, die diese Entscheidungen zu treffen haben.

Wir wollen Energiekreis bleiben. Wir begrüßen, dass RWE sich auch auf dem Feld der regenerativen Energien stärker betätigen will. Auch andere Anbieter, vor allem solche, die die verfestigten Preisstrukturen auf dem Energiemarkt aufbrechen, können auf unsere Unterstützung zählen.

Der Klimaschutz schafft aber auch ganz neue Arbeitsplätze, die zudem nicht in Länder

mit einem anderen Lohngefüge ausgelagert werden können. Wir sind ein Kreis, in dem immer noch neu gebaut wird. Aus Klimaschutzgründen, aber auch bei steigenden Energiekosten müssen diese Häuser modernstem Standard entsprechen.

In den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat es eine stürmische Bauentwicklung in unserer Region gegeben. Diese Häuser entsprechen meist nicht den neuesten Energiestandards. Sie müssen entsprechend saniert werden. Hier tut sich ein großer Markt auf, der viele Arbeitsplätze schafft. Die Genossen aus Hürth haben vor zwei Wochen auf ihrem Innovationskongreß darauf hingewiesen.

Wir brauchen eine Initiative von Beratungseinrichtungen, Finanzierungsinstituten, Handwerkbetrieben, Bauunternehmen und Herstellern von Materialien, alle miteinander vernetzt und bei aller Konkurrenz verbunden mit dem Ziel, die CO₂-Bilanz unseres Kreises zu verbessern.

Eine aktive Politik zu Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss sich auch um die kümmern, die im Augenblick oder auch für längere Zeit keinen Arbeitsplatz haben. Ihr wisst alle, dass die ARGE, die für den Kreis und die Arbeitsagentur gemeinsam die Empfänger von Arbeitslosengeld II betreut, neu aufgestellt werden muss. Schon die bisherige Mehrheit im Kreistag hat sich ja intensiv um die ARGE gekümmert, allerdings nicht immer segensreich. Man dachte gelegentlich an Zauberlehrlinge, die Mitarbeiter konnten einem Leid tun. Nun ist diese Phase ja Gott sei Dank vorbei, die ARGE ist in ruhigeres Fahrwasser gekommen. Nun zwingt uns das Bundesverfassungsgericht, sie neu aufzustellen.

Dazu gibt es auch schon Vorschläge. Die Kreise sollen das alleine machen. Es gibt ja schon Kreise, die das machen, so die CDU, aber auch einige unserer eigenen Partei. Liebe Genossen und Genossen, hier geht es nicht um Machtfragen, sondern um das Schicksal von Menschen.

Kreise, Städte und Gemeinden haben schon vor Hartz IV die damaligen Sozialhilfeempfänger nicht nur verwaltet. Sie haben guten Kontakt zur örtlichen Wirtschaft und das soll weiterhin so bleiben. Aber den hat die Agentur für Arbeit auch, ist zudem spezialisiert auf die differenzierte Beobachtung des Arbeitsmarktes und kann vielfältige Hilfen anbieten. Sollen wir die ganz beiseite schieben?

Die jetzigen Erfahrungen der Kreise, die das selber machen, sind in einer Phase guter Konjunktur gemacht worden. Was denn, wenn die mal kippt. Jedem ist klar, dass die Zahl der Empfänger von ALG II dann auch steigt. Ist das Konjunkturrisiko, das sie ja nicht beeinflussen können, Aufgabe der Kommunen?

In die Debatte über die endgültige Lösung werden wir werde ich mich persönlich nach Kräften einmischen. Ich setze dabei auf die tatkräftige Hilfe unserer Abgeordneten sowohl im Bund wie im Land. Über eines sind wir uns aber alle einig: Egal welche Lösung kommt, sie muss schnell kommen. Es darf keine ungerichtete Phase des Übergangs geben. Die muss hier im Kreis auch ohne Gerangel und ohne unausgelegene Experimente umgesetzt werden.

Wir wollen ein Kreis der fairen Partnerschaft sein.

Es geht uns um die Sache im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Kreises. Um dieser Sache willen kämpfen wir mit Leidenschaft. Dazu brauchen wir Mehrheiten, aber Mehrheiten sind kein Selbstzweck, deren Erhalt alles rechtfertigt.

Wir wollen ein fairer Partner der Städte und Gemeinden sein. Jeder hat seine Aufgaben, wobei ich lange genug in einem Stadtrat gewesen bin um zu wissen, dass die örtliche Gemeinschaft näher an den Dingen dran ist. Ihr kennt das böse Wort von der Gnade des Umlageverbandes. Es soll sogar Experten geben, die behaupten, Kreise könnten per se kein Defizit ausweisen. Über die Umlage könnten sie sich das Nötige ja bei ihren Kommunen holen. Das wird nicht unsere Politik sein. Wenn Kommunen im Kreis unverschuldet in Probleme kommen, muss sich das im Ausgabengebären des Kreises niederschlagen: Das kann soweit gehen, dass der Kreis sich denselben Regeln der Haushaltssicherung unterwirft wie die Kommunen, bis man die Last gemeinsam geschultert hat.

Wir wollen faire Partner sein in der Region. Hier sagen wir allerdings klar: Das, was da bis jetzt geschieht, ist inhaltlich alles gut und richtig, aber es geht zu langsam und vor allem, es fehlen die konkreten Ergebnisse. Wir werden erst weiterkommen, wenn die, die die meisten gemeinsamen Probleme miteinander haben, das sind vornehmlich Köln und der Rhein-Erft-Kreis, in direkter Kooperation die einzelnen Probleme angehen und feste Strukturen dafür schaffen, wobei sie auch die Bürgerinnen und Bürger nicht außen vor lassen sollen.

Das Klima fairer Partnerschaft soll sich auch nach innen auswirken, zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Ein kooperativer Führungsstil, flache Hierarchien und eigene Entscheidungskompetenzen gut ausgebildeter und motivierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das sind heutzutage eigentlich Selbstverständlichkeiten. Ich bin nicht ganz neu in der Verwaltung. Überall, wo ich war, kann ich heute noch hingehen. Der Ehrgeiz, besondere Gemütlichkeit auszustrahlen, hat mich nicht umgetrieben, wohl aber der, jedem das Gefühl zu vermitteln, dass es hier fair und gerecht zugeht. Unsere Partei ist einmal mit hehren humanitären Zielen angetreten. Wenn das nicht bis zum Umgang mit den eigenen Mitarbeitern vorhält, läuft hier irgendwas verkehrt.

Das Bemühen um faire Partnerschaft auf allen Ebenen beinhaltet aber auch, dass wir uns mit denen befassen, die es selber damit nicht so genau nehmen, sei es, dass sie sich im Straßenverkehr auf Kosten anderer ausdehnen, oder direkt ihre Mitmenschen an Leib und Leben oder an ihren Besitztümern schädigen, in dem sie Straftaten begehen. Die Polizei ist zwar staatliche Aufgabe, der Kreistag hat hier keine Weisungskompetenzen. Sie untersteht allein dem Landrat im staatlichen Auftrag. Der ist verantwortlich und muss sich schon Fragen gefallen lassen. Solche Fragen sind nicht unziemlich oder gar gegen die Arbeit der Beamtinnen und Beamten gerichtet, die tagtäglich ihren nicht gerade einfachen Dienst verrichten.

Der Landrat ist Chef der Polizei und für deren Organisation verantwortlich. Nun hat der Landrat in vorausseilenden Gehorsam gegenüber dem Innenminister vor einem Jahr die Polizei neu organisiert. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Sparten vor Ort hat er aufgegeben und die einzelnen Zweige, Verkehr, Kriminalpolizei, Posten und

Streifendienst getrennt und jede ihrer eigenen Leitung unterstellt. Zusammenarbeit findet streng genommen nur in der Spitze statt. Polizeiliche Arbeit lebt aber mehr als jede andere von der Information und der Vernetzung derselben.

Nach einem Jahr sind die Unfallzahlen und die Aufklärungsquoten bei Straftaten schlechter geworden. Über die Ursachen wird natürlich gestritten, aber andere, die es auch so gemacht haben, wie unser Kreis, stehen ähnlich ungünstig da. Solche, die das nicht gemacht haben, stehen besser da. Darüber wird man reden dürfen.

Ich will die Polizei wieder dezentral organisieren, sodass sie vor Ort in den Kommunen zusammenarbeitet und die Städte und Gemeinden wieder einen ortsnahen Ansprechpartner für das gesamte polizeiliche Spektrum haben. Denn das gehört auch zur Arbeit der Polizei, die Verbindung zur Gemeinde. Ob dem allerdings schematisch durch Ordnungspartnerschaften mit jeder Kommune gedient ist, da habe ich Zweifel. Das gibt sicher schöne Bilder für die Presse, auch in einer gewissen Serie, aber Ordnungspartnerschaften sollen eigentlich alle Betroffenen zusammenführen an einem ganz bestimmten konkreten Problemfeld.

Genossinnen und Genossen, das war eine gedrängte Form dessen, was wir wollen.

Diese Ziele sollen uns in Zukunft leiten. Dass wir es ernst meinen und es vor allem auch können, davon wollen wir die Menschen im nächsten Jahr überzeugen. Wir wollen Ihnen nichts aufschwätzen, sondern suchen den Dialog auf allen Feldern und an jedem Ort.

Das wird ein hartes Stück Arbeit, liebe Genossinnen und Genossen. Die Ausgangslage ist nicht so, dass wir im Schlafwagen zurück an die Mehrheit kehren werden. Vielmehr bedeutet das Kampf, Kampf um Themen und Stimmen, Kampf aber auch gegen einen Gegner, der bemüht sein wird, seine Mehrheit im Land und im Kreis voll gegen uns auszuspielen. Die Phase des Kumulierens und Panaschierens wird er bald verlassen, dann geht es mit harten Bandagen zur Sache.

Politik ist Kampf. Das Leben ist Kampf. Kämpfe kann man verlieren oder gewinnen. Nur den letzten verlieren wir gewiss. Dazwischen ist alles offen. Dieser hier ist nicht unser letzter, aber einer der wichtigsten. Wir haben die Mehrheit in den meisten Kommunen, im Kreis, im Land und zur Hälfte im Bund verloren.

Hat man verloren, so hat man die Wahl: Man resigniert oder man hat die Kraft, wieder von vorne anzufangen. Das ist keine Frage des Alters, sondern der inneren Haltung. Nur wer die Kraft hat, aus Niederlagen aufzustehen, sich zu sammeln und neu anzugreifen, der gehört wirklich in dieses Geschäft. So habe ich das persönlich immer gesehen und das hat mich durch alles durchgetragen.

Aber es geht nicht um uns, sondern um die historische Rolle unserer Partei. Die hat manche Krise überlebt, sich aber immer wieder gefangen.

Wir müssen wieder unten anfangen, die Mehrheit zurück zu gewinnen. Fangen wir heute an damit. Ich wünsche uns gute Beratungen. Glückauf.